



SOZIALDEMOKRATISCHER PRESSEDIENST

P/VII/163 - 18.7.1952

Hinweise
auf den Inhalt:

BONN, Friedrich-Ebert-Allee 170
Fernsprecher 37654-59
Fernschreiber 039890

Bilanz der Bundestagsarbeit	S. 1
Um den Sitz der <u>Schuman-Plan</u> -Behörden - Bericht aus Brüssel -	S. 3
Der Staatsstreich Papens am 20. Juli 1932	S. 5
Südbadens Schulden	S. 7

Bedenkliche Zeichen

(sp) Mit Dauersitzungen von 16 und mehr Stunden bis tief in die Nacht hinein, mit Geschäftsordnungsdebatten und einer an Sabotage grenzenden Passivität der Regierungskoalition in der Frage einer Betriebsverfassung ging der Bundestag am Sonnabend in die Ferien. Sie sind, was das Maß der geleisteten Arbeit betrifft, sicher verdient. Anfang September wird die erste Beratungsperiode des Herbst- und Winterabschnittes beginnen.

Verzichtet man auf Einzelheiten, dann kommt man bei der Wertung des vergangenen Abschnittes zu einer sehr bedauerlichen Feststellung: Die Gefahr ist immer deutlicher geworden, dass dieses Parlament zu einer Abstimmungsmaschine wird, dass es, soweit es sich um die Parteien der Regierung, also die Parlamentsmehrheit, handelt, sich damit begnügt, Diskussionen entweder ganz auszuweichen oder sie auf ein Mindestmaß zu beschränken - es sei denn, eine Direktübertragung durch den Rundfunk zwingt zu einer anderen Methode.

Die Ursache dafür liegt in der totalen Abhängigkeit der Regierungsparteien vom Chef der Regierung, im Gegensatz zu der üblichen Praxis der parlamentarischen Demokratie, in der der Chef der Regierung von den Parteien abhängig ist. Die starke Stellung des Bundeskanzlers nach dem Grundgesetz wird in zunehmendem Maße von den Parteien der Regierung so aufgefasst, dass sie nur die Rolle einer Art parlamentarischer Kulisse für die Tätigkeit des Kanzlers zu spielen haben.

Von ihnen aus gesehen, erscheint diese Tendenz fast verständlich, denn es ist natürlich wenig reizvoll, am laufenden Band Reden zu halten, die in Wiederholungen der Worte des Kanzlers mit anderen Formulierungen bestehen. Einen Rest von geistiger Selbständigkeit deutet man ausserhalb des Plenums, also unverbindlich, durch das gelegentliche, schnell erlöschende Feuerchen einer sanften Rebellion an. Klaren Entscheidungen geht man ohnehin liebend gern aus dem Wege.

Nur wenige Beispiele dafür: Am 3. April brachte die SPD im Hinblick auf den Zusammenhang zwischen Westverträgen und deutscher Einheit einen Antrag ein, dessen entscheidender zweiter Teil den Kern der Sache traf: Die Bundesregierung solle nur solche Abkommen unterzeichnen, die der Bundesrepublik rechtlich und tatsächlich die Möglichkeit sichern, jederzeit und von sich aus die Einleitung von Verhandlungen der vier Besatzungsmächte über die friedliche Wiedervereinigung Deutschlands hinzuwirken. Der Antrag wurde abgelehnt. - In der Saarfrage verlangte die SPD am 23. April, das Saargebiet ausdrücklich nach Völkerrecht als deutsches Staatsgebiet anzuerkennen und festzustellen, dass seine tatsächliche Abtrennung ohne Rechtstitel erfolgt sei, dass über das deutsche Staatsgebiet nur das gesamte Volk verfügen und eine gedächliche Zusammenarbeit der Völker Europas sich nur auf die Achtung vor Recht und Freiheit des anderen gründen könne. "Der Bundestag wird keiner Regelung zustimmen, die diesen Grundsätzen widerspricht", hiess es. Der Antrag wurde abgelehnt. - Am 23. Mai lehnte der Bundestag gegen die Stimmen der Sozialdemokraten und der föderalistischen Union ab, die Westverträge vor ihrer Unterzeichnung im Parlament zu diskutieren, ein Akt geradezu klassischer Selbstaufgabe, über die alle Beobachter aus den angelsächsischen Ländern nur den Kopf schüttelten.

In der tagelangen Diskussion über ein so entscheidend wichtiges Gesetz wie über das einer kommenden Betriebsverfassung schliesslich schwieg die Regierungskoalition so gut wie ganz. Sie hatte die notwendigen Stimmen beisammen, sie glaubte, es sich leisten zu können, jedes Argument und jede Begründung schweigend zu überhören und sie sah sich damit gleichzeitig der Schwierigkeit enthoben, nachdenkend und sachlich antworten zu müssen.

Das demokratische Prinzip gibt gewiss die Entscheidung in die Hand der Mehrheit. Aber es wird in sein Gegenteil verkehrt, wenn die Mehrheit diese Tatsache benutzt, um der echten Auseinandersetzung, wo sie unangenehm zu werden droht, aus dem Wege zu gehen.

+ + +

Schuman-Plan-Anfang mit Krach

Für die Redaktionen
Im Hinblick auf die am 23. Juli beginnende Aussenminister-Konferenz in Paris.

P.H.H. Brüssel, 20. Juli 1952

Der Kampf um den Schumanplan ist zu Ende - der kalte Krieg mit dem Schumanplan hat begonnen. Es scheint fast, als wenn gewisse Regierungen und internationale Interessentengruppen, die die These der deutschen sozialdemokratischen Partei, dass der Schumanplan ein Werkzeug zur Niederhaltung Deutschlands und der deutschen Grundindustrien sei, bestätigen wollen, bevor man noch an die Ausführung des Planes herangeht. Was sich zur Zeit an unterirdischem Kampf um den Sitz der Schumanbehörden und um die Gestaltung der Schumanplanverwaltung abspielt, könnte gut in einen Kriminalroman passen. Jeder tut sein Möglichstes, Sitz und Verwaltung der Kohle- und Stahlgemeinschaft, und damit das Schicksal der deutschen Kohle- und Stahlwirtschaft, für die nächsten 50 Jahre in die Hände zu bekommen. Hinter gastfreundlichen Städteangeboten verstecken sich Schachzüge der hohen Diplomatie und mit scheinbar sachlichen Verwaltungsvorschlägen kämpft man im Grunde um die Beherrschung des Apparates.

Die Besichtigung der Unterbringungsmöglichkeiten in Strassburg, Saarbrücken, Luxemburg, Lüttich und dem Haag wurde zu einer bedeutungsvollen Rundreise. Die Adenauerregierung scheint sie von vornherein als ihre solche aufgefasst zu haben, denn während die übrigen Schumanplanregierungen, wie vereinbart, ihre Delegation aus einem Minister und einem Bureaufachmann zusammensetzen, schickte Deutschland eine Architektin. Nur Lüttich wies übrigens Räume vor, die wirtschaftlich den Bedürfnissen einer grosse Behörde entsprachen, Haag nahm den sachlichen Standpunkt ein, dass es nur an dem im Plan vorgesehenem Gerichtshof interessiert sei.

Umso offener schiebt die der Separatistenregierung Hoffmannhörige Saarpresse ihre politischen Gründe in den Vordergrund. Sie liess, recht hochfahrend, die Kommission wissen, nicht die Frage der Räumlichkeiten, sondern die der "Europäisierung des Saargebietes" gebiete die Wahl Saarbrückens als Sitz der Schumanplanbehörden, mit

der Niederlassung der Schumanplanbehörden in Saarbrücken werde die "Europäisierung des Saargebietes symbolisiert", konnte man lesen. Der Reisegesellschaft gegenüber betonte man sogar, dass die Niederlassung der Schumanbehörden in Saarbrücken die deutschen Ansprüche auf die Saar endgültig unterbinden würde. Ein belgisches, für Lüttich kämpfendes Blatt ist so bissig, dieser "Europäisierung" mit der Bedingung zuzustimmen, dass auch Lothringen, dessen Erze bekanntlich nach der französischen Propaganda ohne die Saarkohle nicht verhüttet werden können, aus dem französischen Staatsverband ausscheiden und zu dem neuen "schumanisierten" Europagebiet an der Saar geschlagen werden müsse!

Die englische Presse und die englischen Korrespondenten in der Beneluxpresse sind sehr ungehalten darüber, dass sich Lüttich überhaupt erlaubt hat, seine Kandidatur für die Schumanbehörden anzumelden, nachdem der englische Außenminister Eden die Zentralisierung der Europabeörden in Strassburg bei der Mehrheit des Europarates durchgedrückt habe.

Auch die Arbeitgeberorganisationen sind unter der Decke eifrig am Werk. Schon Mitte Mai tagten auf französische Initiative Arbeitgebervertreter der Schumanplanländer in Paris und entwarfen einen Plan für den Aufbau der Schumanplanverwaltung. Er verteilt die Ressortbefugnisse derart, dass die Erzleute, d.h. Frankreich, in Wirklichkeit eine fast völlige Kommandogewalt über die Kohlenproduktion erhalten. Am 11. Juni prüften die Beneluxarbeitgeber auf einer Sitzung in Brüssel diesen Plan. Nicht nur die französischen Urheber des Plans, sondern bezeichnenderweise auch englische Arbeitgeber-"beobachter" versuchten, den französischen Entwurf durchzudrücken. Der Hinweis auf die "vorbehaltlose Integrierung des Ruhrgebietes" diente dabei als Hauptargument. Immerhin merkten die belgischer und holländischen Kohle-Herren, dass mit der Kohle des Ruhrgebietes auch sie geschluckt werden sollten. Den Ministern der Schumanplanländer dürften, wenn sie am 23. Juli in Paris zusammentreten, mehrere Arbeitgeberentwürfe vorliegen.

+ + +

Das Ende von Weimar

Zwanzig Jahre sind in diesen Tagen verfloßen, seit die Weimarer Republik praktisch aufhörte, zu bestehen. Am Morgen des 20. Juli 1932 bat Reichskanzler Franz von Papen die beiden Minister der geschäftsführenden preussischen Regierung zu sich, um ihnen zu eröffnen, dass Reichspräsident von Hindenburg ihn selbst als Reichskommissar für Preussen beauftragt habe. Die bisherige preussische Regierung sei ihrer Funktionen enthoben, weil sie sich ausserstande gesehen habe, Ruhe und Ordnung in dem von ihr verwalteten Gebiet zu garantieren.

Der politische Abenteurer Franz von Papen, der es durch die Gunst eines unzurechnungsfähig gewordenen Staatsoberhauptes zum Reichskanzler brachte, hat in Nürnberg als einer der Hauptangeklagten des ersten grossen Prozesses milde Richter gefunden. Aber wenn Franz von Papen damals auch glimpflich davonkam - vor dem Richterstuhl der Geschichte wird ein sehr hartes Urteil gefällt werden: Die Geschichte wird Papen nicht nur bescheinigen, dass er einer der unfähigsten deutschen Kanzler war, sondern dass er ausserdem geflissentlich so handelte, dass unser Volk ins tiefste Verderben geraten musste.

Im Schicksalsjahr 1932 standen die Zeichen ohnedies auf Sturm: die verheerende Wirtschaftskrise stiess täglich neue Schichten ins soziale Elend. Die Hauptnutznießer dieser verhängnisvollen Entwicklung waren bereits seit geraumer Zeit die radikalen Parteien, in erster Linie die Nationalsozialisten. Das vom politischen Fieber hin- und hergeschüttelte deutsche Volk aber wählte sich selbst und die Demokratie systematisch zu Tode: Am 13. März Wahl des Reichspräsidenten, am 10. April zweiter Wahlgang, am 20. April Landtagswahlen in Preussen. In den preussischen Landtag zog die Hitler-Partei, bis dahin eine bedeutungslose politische Sekte, als stärkste Partei mit 160 Mandaten ein. Auch die Kommunisten hatten mit 57 Mandaten 9 Sitze gewinnen können. Die durch lange Jahre bewährte preussische Koalition - Sozialdemokraten, Demokraten und Zentrum - schrumpfte insgesamt von 230 auf 163 Mandate zusammen. Trotz dieses alarmierenden Wahlergebnisses hielt das republikanische und

und demokratische Bollwerk Preussen der Springflut politischer Verantwortungslosigkeit stand. Die extremen Parteien waren sich nur in ihrem Hass auf die freiheitlichen Institutionen einig, erwiesen sich aber selbstverständlich als unfähig, gemeinsam eine neue Regierung zu bilden. Die Exekutive blieb also - wenn auch nur geschäftsführend - fest in der Hand der von Otto Braun und Carl Severing geführten Regierung.

Gerade dies aber war der sich um Hindenburg gruppierenden Clique ein Dorn im Auge. Ende Mai 1932 stürzte der bisherige Reichskanzler Brüning, den man bei Hindenburg mit Erfolg als "Agrar-Bolschewisten" denunziert hatte. Sein Nachfolger, der relativ unbekannte Franz von Papen, bildete mit verdächtigem Tempo die reaktionärste aller Reichsregierungen seit 1919. Eine seiner ersten Massnahmen war die Auflösung des Reichstages, von dem er keine Mehrheit erhoffen konnte, war ferner die Wiederezulassung der erst vor kurzem verbotenen braunen Frätorianer-Garde Hitlers. Durch diesen plumpen Anbiederungsversuch bei den Nationalsozialisten glaubte sich Papen nach rechts den Rücken gedeckt zu haben, um nun umso nachdrücklicher gegen links vorgehen zu können.

Die Folge der Aufhebung des SA-Verbotes war eine akute Verschärfung der seit langem in Deutschland schwelenden bürgerkriegsähnlichen Verhältnisse. Überall kam es zu Strassenschlachten und Schiessereien, zur schlimmsten am 17. Juli in dem damals preussisch verwalteten Hamburger Ortsteil Altona, wo es bei einer SA-Demonstration in einem Kommunistentviertel fast 20 Tote gab. Diese von Papen selbst verschuldete Zuspitzung der Lage lieferte ihm den willkommenen Vorwand, um beim Reichspräsidenten eine Notverordnung zu erwirken, durch die er die vollziehende Gewalt in Preussen an sich reissen und die ihm verhassten sozialdemokratischen und republikanischen Minister suspendieren konnte.

Carl Severing hat dadurch, dass er im entscheidenden Moment der brutalen Gewalt wich, dem deutschen Volk zweifellos einen offenen Bürgerkrieg und damit ein furchtbares Blutvergiessen erspart. Der gelungene Staatsstreich gegen Preussen war aber auch die symbolische Kapitulationsurkunde der Weimarer Demokratie. Niemand ver-

mag solange nach den Ereignissen über die möglichen Chancen eines Widerstandes, der nie zum Zuge kam, etwas Zuverlässiges auszusagen. Gerade deswegen sollte aber das Gedenken an den 20. Juli 1932 für alle demokratischen Kräfte ein Anlass sein, ein stillschweigendes Gelöbnis zu bekräftigen, dass es künftig mit Deutschland nie mehr so weit kommen darf, wie vor 20 Jahren.

Dr. Klaus-Peter Schulz

+ + +

Südbadische Mitgift

Von unserem südwestdeutschen RGH-Berichterstatter.

In die Ehe des Landes, das einstweilen Baden-Württemberg heisst, hat das Land Baden, das südbadische Ländle des Expräsidenten Leo Wohleb, eine böse Mitgift eingebracht. Der Ministerpräsident des neuen Landes, Dr. Reinhold Maier, hat soeben verkündet, Baden habe vor etwa zwei Jahren vom Bund ein kurzfristiges Darlehen von 15 Millionen DM erhalten, das aber inzwischen eingefroren sei - das neue Land müsse es nun zum Auftauen bringen.

Das wäre noch nicht schlimm. Da gibt es aber noch ausserdem 70 - 90 Millionen südbadischer Schulden bei verschiedenen Kreditinstituten - und die stammen gar aus noch weniger weit zurückliegender Zeit, als man schon damit rechnen konnte, dass die Rückzahlung über Stuttgart zu leisten sein würde.

So sah sich der Ministerpräsident zu der alarmierenden Mitteilung genötigt, infolge der südbadischen Schuldenlast müsse das neue Land in seinen Finanzplänen erheblich abbremsen: der weitere Ausbau der Elektrifizierung, die Wasserversorgung, der Wohnungs- und Schulhausbau seien schwer gefährdet.

Schon ertönt auch der Ruf nach einem parlamentarischen Untersuchungsausschuss, der sich mit den Methoden der badischen Finanzpolitik beschäftigen soll. In diesem Zusammenhang erhält auch der seinerzeit weniger beachtete häusliche Streit in der CDU, der kurz vor Toresschluss zu dem Ausscheiden des Finanzministers Dr. Eckert aus der südbadischen Einparteien-Regierung führte, möglicherweise ein neues und höchst interessantes Gesicht.

Hinzu kamen die neuesten scharfen Angriffe des früheren württembergisch-hohenzollerischen Staatspräsidenten Dr. Müller (CDU) gegen Reinhold Maier, ausgelöst durch die antieschwäbische Debatte auf dem FDP-Parteitag. Müller warf (neben etlichen Liebeshwürdigkeiten gegen die böse SPD) dem Ministerpräsidenten "konsequente Machtpolitik, undemokratische Hartnäckigkeit und Irrsinnigkeit gegen jede sachliche Kritik" vor.

Auf jeden Fall werden aber die sensationellen Mitteilungen des Ministerpräsidenten, die im Einzelnen von Ministerialdirektor Vowinkel vom Finanzministerium bestätigt wurden, nicht unbedeutend in der ohnehin gespannten Stuttgarter Atmosphäre zu einigen politischen Gewitterbildungen führen.